

SACHSENHEIMER ZEITUNG

Mittwoch, 14. Mai 2025
20. Woche / Nummer 110
Euro 2,60
www.sachsenheimerzeitung.de

AUSGABE DER
BIETIGHEIMER ZEITUNG
BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

Aus Stadt und Kreis



23-Jähriger durch Schüsse verletzt

Tamm. Am Montagabend kommt es zu einer Schießerei in der Silberstraße. Derzeit richtet die Kriminalpolizei eine Sonderkommission ein. Der Täter ist noch flüchtig.
[Aus Stadt und Kreis Seite 7](#)

Auftakt für den Kampf ums Krankenhaus

Bietigheim-Bissingen. Die CDU in Bietigheim-Bissingen befürchtet einen schleichenden Abstieg der Klinik vor Ort und setzt sich für ein Herzkatheterlabor ein.
[Aus Stadt und Kreis Seite 9](#)

Jugendhaus bleibt auf der Tagesordnung

Bönnigheim. Die Jugendarbeit in der Stadt Bönnigheim ist von Einsparungen betroffen – im Gemeinderat wollen sich nicht alle Fraktionen damit abfinden.
[Aus Stadt und Kreis Seite 11](#)

Das Wetter

im Südwesten



Die Region online

Wie läuft der Tag in Bietigheim-Bissingen, in Bönnigheim, Sachsenheim und der Region Ludwigsburg? Alle Nachrichten gibt es zu jeder Zeit im Internet unter bietigheimerzeitung.de auf [Facebook](#) und [Instagram](#). Die Region auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

BIETIGHEIMER ZEITUNG SACHSENHEIMER ZEITUNG BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

So erreichen Sie uns:

Leserservice/Abo-Hotline

Montag – Freitag, 7.30 – 16.00 Uhr
Samstag, 8.00 – 10.00 Uhr
Telefon 07142 / 403-231
Fax 07142 / 403-122
leserservice@bietigheimerzeitung.de

Anzeigen-Hotline

Telefon 07142 / 403-555
Fax 07142 / 403-125
anzeigen@bietigheimerzeitung.de

Picker-Hotline

Telefon 07142 / 403-261

Redaktion

Telefon 07142 / 403-410
Fax 07142 / 403-128
redaktion@bietigheimerzeitung.de

Kundencenter Öffnungszeiten

Montag – Freitag, 9.00 – 13.00 Uhr

Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH

Kronenbergstraße 10
74321 Bietigheim-Bissingen
www.bietigheimerzeitung.de



Auf der Suche nach Deals



Die USA und Saudi-Arabien haben während des Besuchs von Präsident Donald Trump in Riad Rüstungsgeschäfte im Wert von 142 Milliarden Dollar ver-

einbart. Das teilte das Weiße Haus nach einem Treffen Trumps mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman mit. Bei dem Besuch geht es vor allem

ums Geschäftliche: So will Trumps Konzern ein Hotel bauen, Riad verfolgt Pläne für Milliarden-Investments in den USA.
Foto: Alex Brandon/AP/dpa

Klare Mehrheit im Südwesten will eine Dienstpflicht für alle

BaWü-Check Die neue Umfrage zeigt: Mehr als die Hälfte der Bürger ist für ein Pflichtjahr für junge Menschen. Nur wenige sehen Verteidigung als Mönnersache. *Von Roland Müller*

In der Debatte um die Zukunft der Bundeswehr in Deutschland sind die Menschen in Baden-Württemberg offenbar weiter als die Politik: Ginge es nach ihnen, würde ein allgemeines verpflichtendes Dienstjahr eingeführt werden, das junge Menschen entweder bei der Bundeswehr oder in einem sozialen Dienst ableisten könnten. Das zeigt der neueste „BaWü-Check“, die repräsentative Umfrage des Allensbach-Instituts

im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage: Demnach befürworten 54 Prozent der Bürger ein verpflichtendes Dienstjahr für alle, nur 22 Prozent sind für die Einführung der Wehrpflicht. Selbst bei jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren sprechen sich 48 Prozent für die Dienstpflicht aus. Dabei steht ein gleichberechtigter Dienst für Männer wie Frauen im Vordergrund. Selbst im Falle einer Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre

eine überwältigende Mehrheit dafür, beide Geschlechter gleich zu behandeln: 60 Prozent finden, eine „neue“ Wehrpflicht sollte auch für Frauen gelten, nur 22 Prozent halten den Wehrdienst für reine Mönnersache. Dass das Thema Krieg und internationale Krisen nachhaltig im Bewusstsein der Menschen angekommen ist, beweist der „BaWü-Check“ ebenfalls: In der Liste der Sorgen steht das Thema neben wirtschaftlichen Besorgnissen weit oben – der Aufstieg der AfD, die Flüchtlingssituation und der Klimawandel

finden sich etliche Plätze dahinter. 39 Prozent der Bürger im Land halten es sogar für wahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt ist. Dabei ist der Eindruck aber falsch, dass das Land in fatalistischer Untergangsstimmung verharrt: Insgesamt sehen 35 Prozent der Baden-Württemberger hoffnungsvoll in die Zukunft, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahresbeginn. So groß war die Zuversicht zuletzt im Sommer 2023.
[Südwestumschau](#)

Reichsbürger-Verein verboten

Extremismus Razzien bei „Königreich Deutschland“ auch in Baden-Württemberg.

Berlin. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die aktuell größte bekannte Gruppierung sogenannter Reichsbürger verboten. Vier mutmaßliche Köpfe des Vereins „Königreich Deutschland“ (KRD) wurden festgenommen, zwei sitzen in U-Haft. Polizisten durchsuchten am Dienstag Gebäude sowie Wohnungen führender Mitglieder – unter anderem in Baden-

Württemberg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. In Baden-Württemberg wurde laut Innenministerium ein Wohngebäude einer Führungsperson des Vereins im Regierungsbezirk Stuttgart durchsucht. „Das zeigt, wir sind eine wehrhafte Demokratie“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in Stuttgart. Nach Informationen unserer Zeitung wurde der Ge-

suchte Sebastian M. in dem Objektiv in Mainhardt (Kreis Schwäbisch Hall) aber nicht angetroffen, das Bundesinnenministerium bestätigte, dass die Durchsuchung abgebrochen wurde. Der Verfassungsschutz bezeichnete das KRD 2023 mit einer dreistelligen Zahl an Unterstützern als die zwischenzeitlich bedeutendste Gruppierung des „Selbstverwalter“-Milieus im

Land. Der Verein verfolgt laut Innenministerium „langfristig die Ersetzung der rechtsstaatlichen Ordnung durch eine eigene, fiktive Struktur“. Die Anhängerschaft organisier sich in Regionalgruppen, unter anderem im Raum Stuttgart, Heilbronn/Schwäbisch-Hall, Ulm, Freiburg/Südbaden und Bodensee.
dpa/thumi
[Kommentar Politik Seite 4](#)

Drehbuchreife Bildungsromantik

Die Geschichte klingt wie aus einem schrägen ARD-Film: Ein Mann verliebt sich in eine Lehrerin, gibt sich als Kollege aus – und steht prompt selbst im Stundenplan für Deutsch und Sport. Schauplatz: Österreich. Christian Mayrhofer hatte einst tatsächlich versucht, Lehrer (Bild) zu werden. Kurz vor dem Abschluss schmiss er das Studium wegen eines „Missverständnisses bei der Anrechnung“ von Leistungen frustriert hin, wie er der „Kronen Zeitung“ erklärte. Später klappte es dank gefälschtem Diplom doch

noch. 15 Jahre lang unterrichtete er an mehreren Mittelschulen. Mit Erfolg! Die Schüler waren motiviert, Sportwettkämpfe wurden gewonnen, Eltern und Schulleitungen waren zufrieden. Die Enttarnung? Ebenfalls filmreif. Mayrhofer vergisst seine Brieftasche auf dem Autodach, ein ehrlicher Finder bringt sie zur Polizei. Dort wird man stutzig – wegen eines falschen Polizeiausweises. Mit dem Ausweis fliegt auch der Diplom-Schwindel auf. Das Ergeb-

nis: Drei Monate auf Bewährung. Und nun? Mayrhofer jedenfalls möchte zurück an seine Schule. In Zeiten von akutem Lehrermangel werden Quereinsteiger ja händeringend gesucht. Vielleicht war der 48-Jährige der Zeit nur ein wenig voraus. Sollte er das Diplom nun doch noch nachholen, wäre er sogar der wahr gewordene Traum eines jeden Personalers: ein frischgebackener Absolvent mit vielen Jahren Berufserfahrung.
Pia Holzschuh



FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Kommentar

Guido Bohsem
zum Verbot der Reichsbürgergruppe



Im Reich der Steuersünder

Bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern handelt es sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes um heterogene Gruppen. Sie legitimieren den „Widerstand“ gegen die Bundesrepublik völlig unterschiedlich. Egal, ob sie sich auf einen fehlenden Friedensvertrag, einen Halbsatz aus einem Urteil aus den 70er Jahren oder eine nicht rechtsverbindliche UN-Resolution berufen: Allen gemeinsam ist die Weigerung, Steuern und Abgaben zu zahlen. Die lautstarken Forderungen nach Unabhängigkeit und Gerechtigkeit sind letztlich nur ein Mittel zum Zweck, und der Zweck lautet: mehr Geld für mich.

Das kann man gut verstehen. Keiner zahlt gerne Steuern. Die wenigsten kommen aber auf die Idee, deshalb ein eigenes Reich auszurufen, wie beim verbotenen „Königreich Deutschland“ geschehen. Der Staat sollte sich nicht beirren lassen und geltendes Recht konsequent durchsetzen. Wenn sich die eine oder andere Gruppe radikalisiert, bewaffnet oder gar Terrorakte plant, sollte auch zum Mittel des Verbots gegriffen werden. Doch die Schwelle ist hoch. Mit seinem Durchgreifen gegen das „Königreich“ sendet der neue Innenminister Alexander Dobrindt denn auch das innenpolitische Signal, dass er auf dem rechten Auge nicht blind ist.

Offensive angekündigt

Gaza Netanjahu will den Krieg gegen die Hamas „bis zum Ende“ führen.

Jerusalem. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat für die kommenden Tage eine neue Offensive zur Zerschlagung der islamistischen Hamas im Gazastreifen angekündigt. „Die Zerstörung der Hamas und die Befreiung aller unserer Geiseln – das gehört zusammen“, wird Netanjahu von seinem Büro zitiert. Man werde „mit voller Kraft hineingehen, um die Kampagne zu vollenden“, sagte Netanjahu weiter. Es werde keine Situation geben, in der Israel den Krieg beende. „Wir gehen bis zum Ende“, sagte der Regierungschef.
dpa
[Themen des Tages Seite 2](#)

Ukraine-Krieg Miersch gegen Taurus-Lieferung

Berlin. Der neue SPD-Fraktionschef Matthias Miersch hat eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine erneut ausgeschlossen. „Wir wollen nicht Kriegspartei werden und so haben wir auch immer die Ablehnung der Taurus-Lieferung begriffen und dabei bleibt es“, sagte Miersch in Berlin. Die Ukraine verlangt schon seit langem von Berlin die Lieferung der extrem zielgenauen und reichweitenstarken Taurus-Marschflugkörper.
dpa

Mali Parteien abgeschafft

Bamako. Vier Jahre nach dem Militärputsch in Mali hat die herrschende Junta das Parteiengesetz des Landes aus dem Jahre 2005 abgeschafft. In der vergangenen Woche hatte die Junta bereits sämtliche Aktivitäten politischer Parteien und Vereine vorläufig untersagt und dies mit „Sicherheitsgründen“ erklärt. Im Mai 2021 wurde die zivile Regierung in Mali abgesetzt, seither regiert das Militär. Für 2024 angekündigte Wahlen fanden nicht statt.
afp